

Sozialer Fortschritt in offenen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts

Unrealistische Utopie oder notwendige Möglichkeit?

Anja Gampe,¹ Georg Hubmann,² Jakob Kapeller³

Abstract *The open society is a key culmination point of the Enlightenment and is based on the idea that social progress can be promoted through a non-violent, science-led and democratic debate about societal conflicts. While this promise was at least partially realised in the post-war period, societies in the 21st century are confronted with new developments that pose additional challenges to existing open societies and at the same time make it more difficult for new open societies to emerge. Against this backdrop, this article uses the example of three such developments – global competition, increasing economic inequality and climate change – to try to figure out the extent to which these specific challenges of the 21st century are related to those values that are considered constitutive or particularly relevant for the preservation and emergence of open societies.*

Zusammenfassung *Die offene Gesellschaft ist ein wesentlicher Kulminationspunkt der Aufklärung und basiert auf der Vorstellung, dass sozialer Fortschritt durch eine gewaltfreie, wissenschaftsgeleitete und demokratische Auseinandersetzung über gesellschaftliche Konfliktmomente gefördert werden kann. Während dieses abstrakte Versprechen in der Nachkriegszeit zumindest teilweise eingelöst werden konnte, sehen sich Gesellschaften im 21. Jahrhundert mit neuen Entwicklungen konfrontiert, die bestehende offene Ge-*

-
- 1 Anja Gampe, Universität Duisburg-Essen, Institut für Sozioökonomie, anja.gampe@uni-due.de, <https://orcid.org/0000-0001-9812-9694>
 - 2 Georg Hubmann, Johannes Kepler Universität Linz, Art x Science School for Transformation, georg.hubmann@jku.at, <https://orcid.org/0009-0006-9156-8575>
 - 3 Jakob Kapeller, Universität Duisburg-Essen / Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Sozioökonomie / Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, jakob.kapeller@uni-due.de, <https://orcid.org/0000-0002-7538-9706>

sellschaften vor zusätzliche Herausforderungen stellen und zugleich die Entstehung neuer offener Gesellschaften erschweren. Vor diesem Hintergrund versucht dieser Beitrag am Beispiel dreier solcher Entwicklungen – dem globalen Standortwettbewerb, der steigenden ökonomischen Ungleichheit und dem Klimawandel – auszuloten, in welchem Maße diese spezifischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit jenen Werthaltungen in Zusammenhang stehen, die als konstitutiv oder besonders relevant für die Erhaltung und Entstehung offener Gesellschaften gelten.

1 Einleitung

Die Idee der offenen Gesellschaft basiert auf der Vorstellung, dass politische Institutionen und Systeme, die darauf angelegt sind, soziale und weltanschauliche Konflikte durch rationalen Diskurs anstelle von Gewalt zu lösen, sozialen Frieden und individuelle Freiheit langfristig sichern können und so ein solides Fundament für sozialen Fortschritt bilden (Popper 2002). Die Erzählung von der offenen Gesellschaft, die vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominant war, sieht diese als Kulminationspunkt der Ideen der Aufklärung: Größtmögliche Freiheit für die Einzelnen bei Wahrung der Freiheiten der anderen, die volle Rede- und Meinungsfreiheit und einen darauf basierenden Pluralismus der Ideen und die Begrenzung politischer Macht (etwa durch Gewaltenteilung, Minderheitenrechte und immanente Kritikmöglichkeit) sowie demokratische Steuerung als zentrales Mittel zur gemeinsamen, politischen Entscheidungsfindung sind dabei zentrale Gestaltungskriterien der offenen Gesellschaft (Popper 2010).

Wenig überraschend, sieht Karl R. Popper – als Namensgeber der offenen Gesellschaft (Popper 2010) – die Demokratie daher als die optimale Staatsform an. Sie gewährleistet nicht nur Gedanken- und Meinungsfreiheit als Grundlagen für einen aufgeklärten Diskurs, sondern auch verbindliche, friedliche Verfahren für Entscheidungsfindungen und Machtwechsel. Popper meint Ende der 1950er Jahre, dass die »Gesellschaftsform, in der wir im Westen leben, trotz vieler Mängel, die beste ist, von der wir Kenntnis haben« (Popper 1958: 245). Nicht ohne Ironie gewann dieses Diktum Poppers über die modernen westlichen Demokratien, mit der These über das *Ende der Geschichte* von Francis Fukuyama (1992) zur vermeintlichen Alternativlosigkeit des westlichen Gesellschaftsmodells ein letztes Mal an Bedeutung. Ironie ist hier nicht nur im Spiel, weil sich just mit Veröffentlichung dieser These auch deren empirische Schwierigkeiten zeigten, sondern auch weil Popper und Fukuyama ein im Kern

unterschiedliches Verständnis von Liberalismus vertreten: Während für Popper der erstrebenswerte Kern westlicher Gesellschaften in politischen Freiheiten besteht (die unter Umständen auch gewisse ökonomische Freiheiten benötigen), spielen für Fukuyama wirtschaftliche Freiheiten, der Kapitalismus, Privateigentum und Märkte die er als zentrale Elemente des Erfolgs westlicher Gesellschaften sieht, eine deutlich größere Rolle.

Poppers Vorstellung von einer offenen Gesellschaft speist sich nicht aus Vorstellungen über die vermeintliche oder tatsächliche Überlegenheit kapitalistischer Wirtschaftssysteme (Nasher 2017), sondern aus einer erkenntnistheoretischen Perspektive, die Kritik ins Zentrum stellt und das Hinterfragen etablierter Dogmen zur zentralen Tugend erhebt. Dieses selbstreflexive Moment der Kritik hat dabei einen direkten Bezug zu den Grundhaltungen der Aufklärung, die auf Basis der Einsicht in die Gestaltbarkeit von Gesellschaft und Geschichte Fragen der sozialen Ordnung aus einem neuen Blickwinkel diskutiert. Kritik an bestehenden Verhältnissen und Anschauungen ist damit eine zentrale Triebkraft jener Diskurse, die neue Werthaltungen, wie Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn, als alternative Ziele und Mittel zur Gesellschaftsgestaltung entwickeln. Umgekehrt weisen diese Haltungen wiederum auf wichtige alltagspraktische Implikationen und Voraussetzungen einer offenen Gesellschaft hin. Sie deuten an, dass die Grundfragen sozialer Organisation durch die Vorgabe politischer Gestaltungsprinzipien immer nur teilweise gelöst sind. Komplementäre soziale Praktiken und diskursiv vermittelte Anschauungen sind nötig, um konkrete institutionelle Designvorschläge auch entsprechend gesellschaftlich zu verankern bzw. zu legitimieren.

Schließlich erleichtert die Weltoffenheit – verstanden als der offene, vielleicht sogar wohlwollende Blick in andere Gesellschaftsformen und Lebensweisen – die kritische Selbstreflexion, während die Toleranz eine alltagspraktische Voraussetzung jener Institutionen darstellt, die nach Popper unsere Freiheit sichern sollen. Und mit dem Blick auf den Gemeinsinn kommt unweigerlich die Frage auf, welche kollektiven Ressourcen, Infrastrukturen und Dienstleistungen sinnvollerweise auf Basis demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten aufgebaut werden sollen. Diese kurzen Ausführungen weisen darauf hin, dass eine liberale, offene und demokratische Gesellschaft nicht voraussetzungsfrei ist, sondern an bestehende gesellschaftliche Einstellungen, Routinen, Normen und Werthaltungen rückgekoppelt werden muss (Popper 2002). Erodieren also die normativen Grundlagen der offenen Gesellschaft, so ist auch zu erwarten, dass die Demokratie – und damit einhergehend Werte wie Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn – erodieren.

Wir möchten daher im Folgenden diese drei grundlegenden Begriffe in den Fokus nehmen, um das Verhältnis zwischen sozio-ökonomischer Entwicklung und dem Realisierungs- bzw. Entwicklungspotential offener Gesellschaften auszuloten.

Unter Weltoffenheit wollen wir nach Martin Heidegger verstehen, dass der Mensch nicht an die Welt gebunden ist, sondern sich frei zu ihr verhalten kann. Das unterscheidet ihn von Dingen und Tieren und ermöglicht ihm auch die Welt zu gestalten (Heidegger 2004). Weltoffenheit definiert damit den Weltbezug der Menschen aufgrund einer eigenen Bewertungs- und Entscheidungsgabe, also der Fähigkeit eine Haltung zur Welt zu wählen und einzunehmen. Kombiniert man diese grundsätzliche Definition mit der Vorstellung einer reziproken Ethik, die auch die Freiheit der anderen achtet, ergibt sich aus der Fähigkeit, sich zur (sozialen) Umwelt positionieren zu können, die Notwendigkeit, die damit verbundene Freiheit auch anderen zuzugestehen. Dies wollen wir hier als eine Annäherung an den Begriff Weltoffenheit verstehen.

Diese reziproke Anerkennung wechselseitig gleicher Rechte, die ein Kernelement des politischen Liberalismus darstellt und auch in der offenen Gesellschaft zentral steht, lässt sich dabei um eine alltagsrelevante Dimension wechselseitigen Respekts erweitern. Diesen Zwischenschritt, zwischen den politisch gesetzten und sozial akzeptierten Vorgehensweisen, fasst etwa John Stuart Mill (1988) unter dem Begriff der Toleranz, in dessen Kern wiederum das wechselseitige Zugestehen möglichst großer persönlicher Freiheiten steht. Einschränkungen dieser Freiheiten müssen also wohlbegründet sein und dürfen keinesfalls willkürlich erfolgen – eine Dimension, die auch Popper wiederholt betont, gerade weil er den hier angesprochenen Zwischenschritt zwischen politischer Setzung und sozialer Praxis für nicht-trivial erachtet (Popper 2002). In der Demokratie heißt das für Mill auch, dass alle Ansichten zur demokratischen Auseinandersetzung zugelassen werden und sich bei Mehrheitsentscheidungen die Minderheiten unterordnen, solange es zu keiner Tyrannei der Mehrheit kommt (Mill 1988), wodurch sich eine weitere Analogie zur Popperschen Beschreibung demokratischer Institutionen ergibt (Popper 2002). Die alltagspraktische Dimension der Toleranz verdeutlicht also, dass die formale Gleichheit des Liberalismus auch eine Korrespondenz auf der Ebene interpersonalen Respekts erfordert, die nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, sondern auf gewisse gesellschaftliche Werthaltungen rekurriert, deren potentielle Erosion wiederholt als zentrales Thema sozialwissenschaftlicher Forschung erscheint (vgl. beispielhaft Rüstow 1963 [1932], Bowles 2011). Darüber hinaus ergibt sich also eine direkte Schnitt-

stelle zwischen klassischen Positionen des (politischen) Liberalismus und modernen Diskursen zu Intersektionalität und Diskriminierung (Walgenbach 2010), die auf die Schwierigkeiten einer alltäglichen Operationalisierung der Grundwerte der offenen Gesellschaft mit Nachdruck hinweist.

Der Bezug auf den Gemeinsinn schließlich verweist nicht nur darauf, dass der Bezug zu anderen im Idealfall nicht nur von wechselseitigem Respekt, sondern auch von Empathie und Mitgefühl geprägt ist (Smith 1809; Kapeller/Hubmann 2012), die formale Gleichheit in eine informelle Gegenseitigkeit übersetzt und so zur Herausbildung kooperativer Governance-Strukturen beiträgt (Allen et al. 2023). Die hier aufgeworfene Frage nach den Grundlagen kooperativer kollektiver Steuerung und Verwaltung, ist dabei ebenso eine wesentliche Konstante sozialphilosophischer Debatten. Von der griechischen Philosophie bei Aristoteles bis zum Citoyen im klassischen Liberalismus steht der Gemeinsinn für das Vermögen das Gemeinsame sinnlich wahrzunehmen und darauf aufbauende Versuche, entsprechend dem Gesamtwohl zu handeln. Die Vorstellung von strikt rational handelnden Individuen, die ihren eigenen Vorteil maximieren, spricht diesen auch jeden Gemeinsinn ab (Ulrich 2008). Die Idee das eigene Handeln am Gemeinsinn zu orientieren, erscheint vor dem Spiegel des homo oeconomicus – hier verstanden als Sinnbild einer ökonomischen Rationalität – irrational. Erst die empirische Einsicht, dass soziale Outcomes aus dem komplexen Zusammenwirken unterschiedlicher Individuen entstehen, erlaubt es diese simplizistische Rationalitätsvorstellung, die in (Gefangenen-)Dilemmasituationen stehts zum schlechtestmöglichen Ausgang führt, zu hinterfragen und zu überwinden. Hilfreich ist hierfür jedenfalls die theoretische Einsicht, dass auch die Entwicklung kollektiver Ressourcen oder Infrastrukturen demokratisch-kooperativ und zugleich rational gestaltet werden kann (etwa durch piecemeal social engineering, Popper 2010). Diese Möglichkeit auszureizen, erscheint vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auch als dringende Notwendigkeit: gerade, weil die drängenden Probleme unserer Zeit – wie Klimawandel, soziale Polarisierung, technifizierte Alltagswelten oder geopolitische Spannungen – aufgrund ihrer dilemmatischen Struktur neue Fragen für unsere Fähigkeit zur Kooperation – und damit unseren Gemeinsinn – aufwerfen.

Vor diesem Hintergrund stehen Politiken der Ab- und Ausgrenzung, der wachsende Nationalismus und Rassismus oder die Ausbreitung von ökonomischen Wettbewerbs- und Konkurrenzlogiken in einem offensichtlichen Spannungsfeld mit der Idee der offenen Gesellschaft. Die starke Rolle *imaginerter*

Gemeinschaft (Anderson 1983) und die damit verbundene Entstehung diskursiv konstruierter Gegensätze zwischen oftmals willkürlich definierten Kategorien von ›Wir‹ und ›Sie‹ (Mudde 2019) untergraben die der offenen Gesellschaft immanente Forderung nach politischer Gleichheit systematisch. Zugleich ist klar beobachtbar, dass derartige Formen sozialer Abgrenzung mit Fragen ökonomischer Ungleichheit und sozialer Inklusion eng verbunden sind (Inglehart/Norris 2019).

Diese parallelen Entwicklungen bringen weite Teile der Gesellschaft aber auch ihre demokratischen Institutionen unter Druck. Vor diesem Hintergrund gehen wir im Folgenden der Frage nach, inwieweit diese Dynamiken tatsächlich mit den Prinzipien einer offenen Gesellschaft – hier repräsentiert durch die Werte Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn – kollidieren. Dabei steht weniger die konzise und unumstößliche empirische Beweisführung mit Blick auf einzelne theoretische Mechanismen im Vordergrund, sondern eine empirisch unterfütterte Exploration der Wechselwirkungen zwischen politischen Einstellungen und sozio-ökonomischer Entwicklung, die Hinweise liefert, an welchen Stellen aktuelle sozioökonomische Tendenzen die Attraktivität und Wirksamkeit der Idee einer offenen Gesellschaft potentiell untergraben.

Zur Analyse und Diskussion dieser Fragen nehmen wir Bezug auf die international vergleichende Forschung zu Werten und normativen Haltungen und verwenden insbesondere die Daten des *World Value Survey* (Inglehart et al. 2022). Obgleich die Werteforschung klar festhält, dass normative Haltungen und Einstellungen stark heterogen sind und in den Befragungen etwa nach Ländern, sozialem Status oder Alterskohorte stark differieren, lassen sich doch oftmals klare strukturelle Unterschiede oder auch gemeinsame Trends ableiten. So spielen etwa in den meisten Staaten Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn in den politischen Diskursen und Entscheidungen eine untergeordnete und wenn dann nur auf einzelne Gruppen bezogene Rolle (Halman et al. 2022). Zugleich zeigen grobe internationale Vergleiche, dass die bestehende Anerkennung dieser Werthaltungen im globalen Durchschnitt tendenziell rückläufig ist. Diese wagen Befunde sollen im Folgenden mit konkreten sozio-ökonomischen Entwicklungen bzw. Herausforderungen, wie Klimawandel oder sozialer Ungleichheit, kontrastiert werden, um Intuitionen über mögliche Wechselwirkungen zwischen diesen Ebenen zu gewinnen.

Auf Basis dieser Überlegungen hoffen wir Thesen formulieren zu können, welche Rahmenbedingungen es vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen für eine offene Gesellschaft braucht und welche Rolle Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn dabei einnehmen können.

2 Wettbewerb als globale Entwicklungslogik

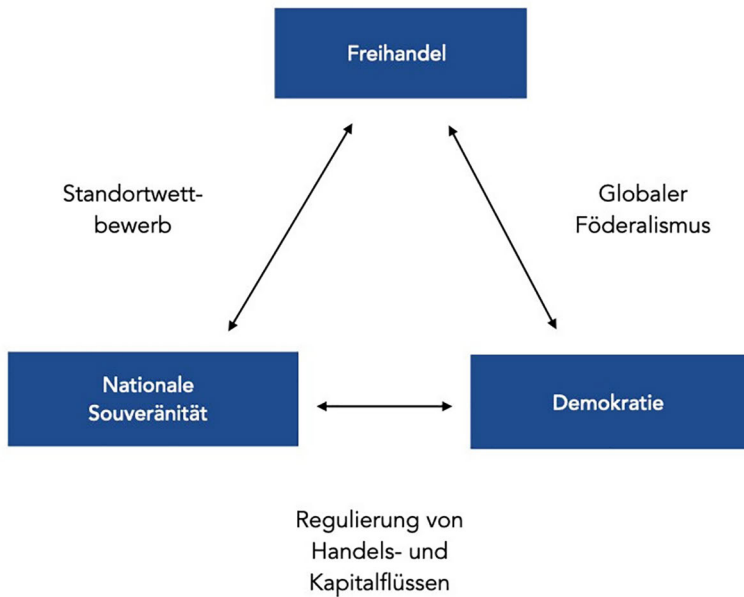
Der Grundimpuls ökonomisch getriebener Globalisierung liegt in der Überzeugung, dass Offenheit im ökonomischen Sinne den Wohlstand aller involvierten Nationen steigert. Diese Überzeugung drückt sich in einem politischen Streben aus, formelle und informale Handelsbeschränkungen weitestgehend abzubauen und nationale Finanzinstitutionen in internationale Finanzmärkte zu transformieren bzw. an diese anzupassen. Hieraus resultiert ein globaler Standortwettbewerb zwischen Staaten, die um Arbeitsplätze, Investitionen und Steuerabgaben internationaler Konzerne in Konkurrenz stehen. Im Ergebnis führt dies zu einer Beschränkung der nationalstaatlichen Souveränität sowie sozialer, ökologischer oder steuerlicher Standards und schwächt so die Demokratie als politisches System insgesamt (Rodrik 2011, siehe auch Abbildung 1).

Dieser Standortwettbewerb unter Staaten hat sich durch die Zunahme von globalen Handelsströmen und den Abbau von Finanzmarktregulierungen und Kapitalverkehrskontrollen seit den 1980er Jahren massiv verschärft. Die globalisierte Wirtschaft bringt einen Wettbewerb der Nationalstaaten als Standorte um geringere Arbeitskosten, niedrigere Steuerbelastungen und verwertbare Ausbildungslinien. Zugleich wird die Durchsetzung regulatorischer Beschränkungen in den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz oder Steuerpolitik erschwert, da zusätzliche Regulierung die Standortbedingungen aus Sicht des internationalen Kapitals ungünstig beeinflussen kann.

Diese Auseinandersetzung um globale Wettbewerbsfähigkeit wird im politischen Diskurs zur Forderung nach einer *marktkonformen Demokratie*, die dem Erfolg eines Landes im globalen Standortwettbewerb nicht mit vermeintlich unnötigen Regeln im Wege zu stehen hat. Das bedeutet einen Macht- und Autonomieverlust der Nationalstaaten, aber auch der Arbeiter:innen und der Kleinunternehmen zu Gunsten transnationaler Konzerne als Folge der ökonomischen Globalisierung (Rothschild 1998).

Rodrik definiert das Trilemma der Globalisierung anhand dreier Ziele, die aufgrund endogener ökonomischer Mechanismen miteinander in Konflikt stehen: ökonomische Offenheit, nationalstaatliche Souveränität und Demokratie als politisches System. Rodriks Schema bringt das Dilemma nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seiner Logik auf den Punkt: Globaler Standortwettbewerb steht einem Freiheitszuwachs in Form von nationaler Selbstbestimmung und dem Ausbau demokratischer Entscheidungsfindung entgegen.

Abbildung 1: Das Globalisierungsdilemma.



Quelle: Rodrik, 2011

Um die Effekte des Standortwettbewerbs für die EU zu untersuchen, unternehmen Gräbner et al. (2022) den Versuch eine Typologie an Wachstumsmodellen empirisch-induktiv auf Basis der Analyse makroökonomischer Paneldaten zu generieren, um die mögliche Übereinstimmung einer solchen induktiven Verfahrensweise mit etablierten theoretischen Typologien zu prüfen. Wir orientieren uns im Folgenden an den dort identifizierten Clustern, da diese unterschiedliche Entwicklungsdynamiken beschreiben, die wiederum zu heterogenen Outcomes im internationalen Standortwettbewerb führen.

In diesem Ansatz erfasst ein erstes Cluster (Cluster 1) die so genannten *EU-Kernländer*. Diese verfügen über ein hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie eine signifikante Industrieproduktion, die teilweise von technologischen Alleinstellungsmerkmalen am Weltmarkt getragen ist. Die Arbeitslosigkeit liegt im Vergleich eher niedrig. Zu den Kernländern zählen Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland und Schweden. Im zweiten Cluster (Cluster 2) sind Länder der europäischen Peripherie gesammelt. Diese zeich-

nen sich durch niedrigere Exportanteile bei den Industrie-Gütern, eine relativ hohe öffentliche Verschuldung mit der Tendenz zu Defiziten im laufenden Haushalt sowie einer höheren Arbeitslosigkeit aus. Dazu gehören etwa Länder wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland oder Zypern.

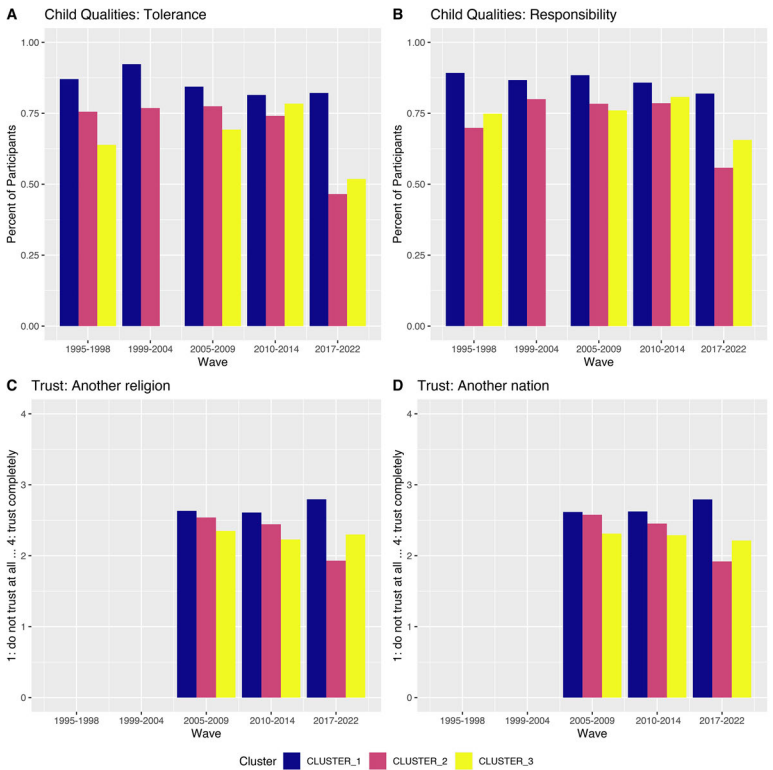
Das dritte Cluster (Cluster 3) repräsentiert osteuropäische Länder, die ein relativ niedriges BIP und eine vergleichsweise geringe Lohnquote aufweisen. Ein hier relevantes strukturelles Merkmal ist der hohe Anteil an ausländischem Firmenbesitz, der daraufhindeutet, dass es im Anschluss an den Zerfall der Sowjetunion und die EU-Ost-Erweiterung zu einer wachsenden Bedeutung ausländischer Konzerne in der heimischen Firmenlandschaft gekommen ist. Der industrielle Produktionssektor dieser Länder ist dabei essentiell, um die relativen Unterschiede in den Wachstumspotentialen abschätzen zu können – vor allem jenen Ländern mit einer starken industriellen Produktion, wie etwa Tschechien, die Slowakei oder Polen, gelingt es die Unterschiede in den Einkommen zu verringern, während in diesem Bereich schlechter vorbereitete Länder – etwa im Baltikum – sich zusehends dem Entwicklungspfad der Peripherieländer annähern (Gräbner et al. 2020:1480).

Für diese Cluster prüfen wir anhand von europäischen Daten aus dem *World Value Survey* (Inglehart et al. 2022) die Einstellung der Bevölkerung zu Werten, die als Grundvoraussetzung für eine offene Gesellschaft eingeordnet werden können. Werte werden verwendet, um kulturelle Gruppen, Gesellschaften und Individuen zu charakterisieren, Veränderungen im Laufe der Zeit nachzuvollziehen und die motivationalen Grundlagen von Einstellungen und Verhalten zu erklären (Schwartz, 1999). Werte beziehen sich auf wünschenswerte Ziele, die zum Handeln motivieren. Sie werden als Standards und Kriterien benutzt, um (moralische) Entscheidungen zu treffen (Schwartz, 1999). Diese Werte unterscheiden sich zwischen Ländern und Gruppen (House et al., 2004; Schwartz, 1999). Verschiedene Kulturen haben unterschiedliche Vorstellungen davon, was richtig und falsch ist und was in einer bestimmten Situation getan oder nicht getan werden muss. Das gleiche Verhalten kann in verschiedenen Kulturen unterschiedlich gewertet werden.

Eine mögliche Bezugsgröße für die offene Gesellschaft bilden hierbei die Wertvorstellungen, die sich in den Aussagen auf wichtige bzw. erstrebenswerte Charaktereigenschaften von Kindern beziehen und Rückschlüsse auf bestehende normative Haltungen oder Veränderungen derselben zulassen. Die im Folgendem verwandten Werte sind Qualitäten eines Kindes (Toleranz Q12 und Verantwortungsbewusstsein Q10 aus Social Values, Norms, Stereotypes) als Hinweise auf erstrebenswerte Charaktereigenschaften von Kindern

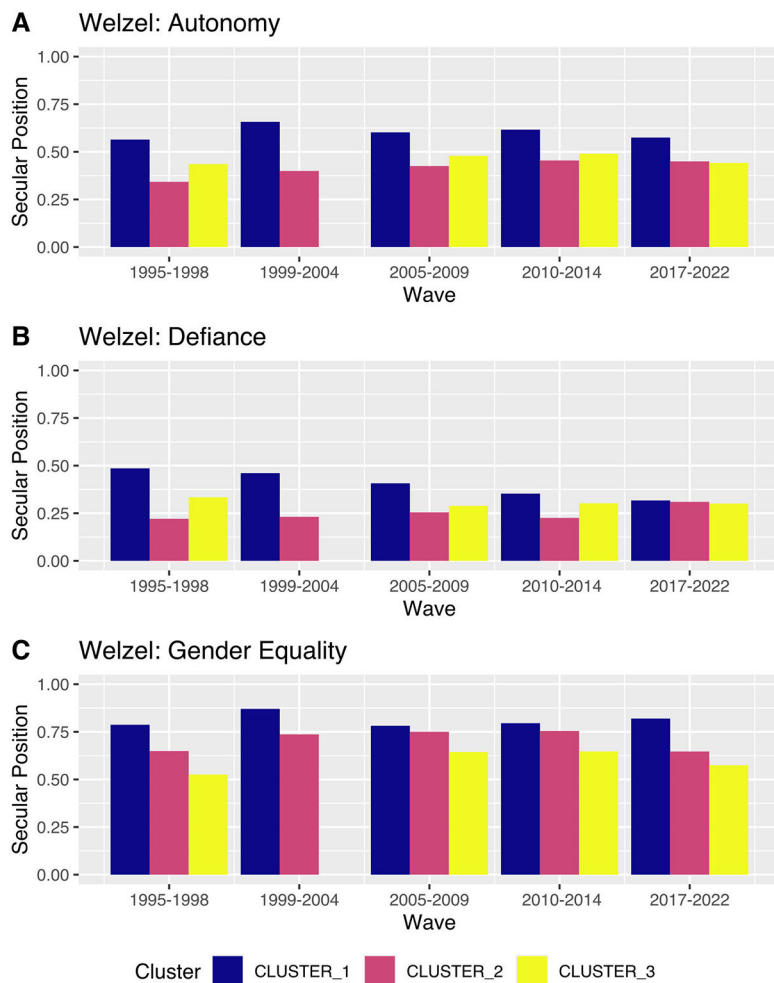
und damit wichtigen Werte für kommende Generationen sowie Werte für das generelle Vertrauen (in »andere Religionen« Q62 und »andere Nationen« Q63 aus Social Capital, Trust and Organizational Membership) (Abbildung 2).

Abbildung 2: Entwicklung der Zustimmung zu Toleranz (A) und Verantwortungsbewusstsein (B) als wichtige Eigenschaften eines Kindes und dem Vertrauen in Personen einer anderen Religion (C) und einer anderen Nationalität (D) in den drei Clustern nach Gräbner et al. (2020).



Die Welzel Indikatoren (Welzel 2013) zu »Autonomie«, »Widerstand« und »Gleichheit der Geschlechter«, dargestellt in Abbildung 3, zeigen die Zustimmung zu einer säkularen Position als Gegenpol zur Orientierung an traditionellen gesellschaftlichen Haltungen im Kontext dieser Werte.

Abbildung 3: Entwicklung der säkularen Positionen zu Autonomie, Widerstand und Gleichheit der Geschlechter nach Welzel (2013) in den drei Clustern nach Gräbner et al. (2020).



Eine stärker ausgeprägte Zustimmung zur säkularen Position bei Autonomie interpretieren wir hier als eine stärkere Individualisierung der Gesellschaft und damit dem Gemeinwohl als abträglich, die traditionelle Haltung zu Widerstand wird hier als Konformismus mit tradierten Werten – damit als ei-

ne Absage an Weltoffenheit – interpretiert und bei Gleichheit der Geschlechter spricht eine stärker säkulare Position für mehr Toleranz und Weltoffenheit.

Die Daten zeigen ein einheitliches Bild: In den ökonomisch besser gestellten Kernländern (Cluster 1) ist die Zustimmung zu Toleranz und Verantwortungsbewusstsein als wichtige Fähigkeiten von Kindern auf höherem Niveau und stabiler als in den Ländern der europäischen Peripherie oder in osteuropäischen Ländern (Cluster 2 und 3). Ähnliches gilt für die Zustimmungswerte bei den Indikatoren nach Welzel zu Autonomie, Widerstand und Gleichheit der Geschlechter – auch hier liegen die Werte aus Cluster 1, der ökonomisch erfolgreichen Kernländer Europas, über denen der Cluster 2 und 3.

Wagt man eine Interpretation der Daten, so lässt sich festhalten, dass die Kernländer im Cluster 1 aufgrund der hohen Werte bei den positiven Qualitäten von Kindern und im Vertrauen gegenüber anderen Nationen und Religionen tendenziell offenere Gesellschaften sind. Sie weisen auch größere Zustimmung zu säkularen Positionen bei Autonomie, Widerstand und Gleichheit der Geschlechter auf, die als weiter fortgeschrittene Individualisierung oder als »Gewinner Mentalität« interpretiert werden können.

Die Länder der europäischen Peripherie in Cluster 2 zeigen vor allem bei den Welzel Indikatoren einen traditionelleren Zugang mit geringer Zustimmung – teilweise auch geringer als Cluster 3 – zu säkularen Positionen, was auf traditionellere Familienbilder im Süden Europas zurückzuführen sein könnte. Anders bei der Zustimmung zur Gleichheit der Geschlechter, wo die Werte von Cluster 2 auch im Zeitverlauf konstant über denen von Cluster 3 liegen, was wiederum an der konservativen Vormachtstellung in einigen osteuropäischen Ländern liegen könnte.

Jedenfalls wird klar, dass die ökonomischen Unterschiede zwischen den drei Clustern Einfluss auf die Zustimmung zu bestimmten Werten abbilden. Länder, die eher zu den Globalisierungsverlierern zählen und wo ökonomische Probleme auch für die Bevölkerung spürbar werden, weisen geringere Werte bei den Fragen zum Vertrauen und bei den Qualitäten der Kinder sowie bei der Gleichheit der Geschlechter auf. Das deutet auf die Bedeutung der negativen Folgen des globalen Standortwettbewerbs für die Offenheit einer Gesellschaft hin.

3 Die wachsende Ungleichheit

Mit dem ökonomischen Standortwettbewerb sind stets auch Veränderungen in globalen und nationalen Verteilungsdynamiken verknüpft. Dies liegt zum einen daran, dass nationale Entwicklungspfade hochgradig pfadabhängig sind – es gilt also oftmals »success breeds further success and failure begets more failure« (Kaldor 1980: 88). Andererseits verschiebt steigende ökonomische Offenheit auch die Machtgefälle innerhalb einzelner Volkswirtschaften – etwa zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen exportorientierten und auf den heimischen oder lokalen Markt fokussierten Unternehmen.

Es ist vor diesem Hintergrund wenig überraschend, dass der Anstieg ökonomischer Offenheit auch die Entwicklung der Ungleichheit bei den Vermögen und Einkommen beeinflusst hat. Diese steigt nach einer Phase des Rückgangs bis zur Mitte der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in den letzten vier Jahrzehnten sowohl bei den Einkommen als auch im Bestand bei den Vermögen wieder deutlich an. Die wachsende Einkommensungleichheit ist unter anderem getrieben von einem starken Zuwachs der oberen 10 % am Anteil der gesamten Einkommen – Piketty spricht hier von der »Gesellschaft der Supermanager« (Piketty 2014). Ein Hauptgrund dafür ist der wachsende politische Einfluss der Finanzindustrie, von dem vor allem die Top Verdienere:innen profitieren. Eine ähnliche Entwicklung findet Piketty in den Daten zur Vermögensverteilung. Auch hier steigt der Anteil der reichsten 10 % am Gesamtvermögen wieder an, deregulierte Märkte, Privatisierungen und internationaler Steuerwettbewerb sorgen hier dafür, dass die Kapitaleinkommen schneller wachsen als die Gesamtwirtschaft (Piketty 2014). Diese Entwicklung zeigen auch Daten zur globalen Dynamik der Verteilung des Wachstums der Gesamtwirtschaft. Auch hier fielen in der Hochphase der Globalisierung zwischen 1988 und 2008 über 50 % der globalen Einkommenszuwächse den 5 % der Bevölkerung mit den ohnehin schon höchsten Einkommen zu und verstärken die bestehenden Ungleichheiten (Milanovic 2013). Piketty begründet diese Entwicklungen mit einer Kehrtwende der Politik, die Sozialstaaten abgebaut und damit die Entwicklungen hin zu individualistischen Gesellschaften gefördert hat. Diese Kehrtwende ist deshalb entscheidend, weil öffentliche Institutionen – und im Speziellen soziale Sicherungssysteme – zu einem partiellen Ausgleich der den kapitalistischen Wirtschaftssystemen inhärenten Tendenz zunehmender Ungleichheit beitragen und so Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig stabilisieren können. Steigende Ungleichheit und ökonomische Prekarität wiederum führen zu sozialer Polarisierung, die andererseits eben genau

jene Offenheit für andere Lebenssituationen und Meinungen, die eine zentrale Grundlage offener Gesellschaften bildet, untergräbt.

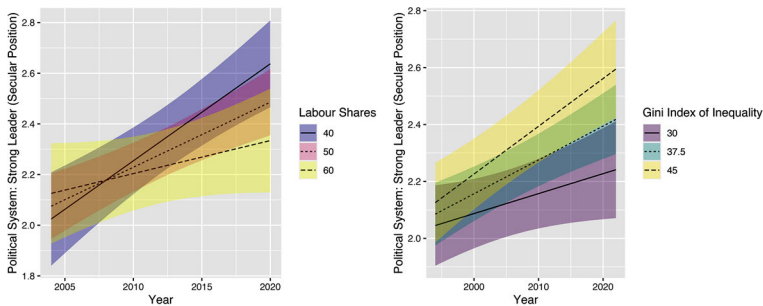
In dieser Hinsicht erscheint der gegenwärtige »Neoproprietarismus«, der Gewinner:innen glorifiziert und Verlierer:innen stigmatisiert (Piketty 2020), als besondere Gefahr für offene Gesellschaften. Der Rückbau öffentlicher sozialer Sicherungssysteme verstärkt die Ungleichheit und fördert das Narrativ der Eigenverantwortung (Marterbauer/Schürz 2021). Gleichzeitig empfinden ökonomisch besser Gestellte die Verteilung von Vermögen und Einkommen eher als gerecht als Personen, die weniger für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung haben (Halman et al. 2022). Dazu kommt, dass die wachsenden ökonomischen Unterschiede auch eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft bedingen: so beteiligen sich ökonomisch besser gestellte Menschen beispielsweise häufiger an Wahlen, sind gesünder und verfügen über eine höhere Lebenserwartung sowie bessere Bildungschancen. Die wachsenden ökonomischen Ungleichheiten gefährden aufgrund von schärferen Klassen-gegensätzen und zunehmender sozialer Polarisierung auch die Demokratie (Marterbauer/Schürz 2021). Die Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung wurde in vergangenen Jahrhunderten zwischen dem Besitzbürgertum und einer großteils pauperisierten Arbeiter:innenklasse geführt, heute hat sie sich zu einem Konflikt zwischen den vielen und dem einen Prozent der Superreichen entwickelt (Inglehart 2016).

Unsicherheit begünstigt eine autoritäre, fremdenfeindliche Reaktion, bei der sich die Menschen im Kampf ums Überleben gegen gefährliche Außenseiter hinter starken Anführern einreihen, mit starker Solidarität innerhalb der Gruppe, Ablehnung von Außenseitern und rigider Konformität mit Gruppennormen (Inglehart & Norris, 2017). Damit stellt sich die Frage, ob zwischen der positiven Haltung zu einem »starken Anführer« (Q235 aus Political Culture and Political Regimes des World Value Surveys) und dem Ausmaß der Ungleichheit ein Zusammenhang besteht. Dafür wurden Daten aus weiteren Datenbanken (ILO 2020, Solt 2020) herangezogen (Abbildung 4).

Methodisch ergeben sich die Darstellungen in Abbildung 4 aus zwei Regressionsanalysen, die sowohl die Ungleichheit als auch die Zeit als erklärende Variablen sowie Interaktionseffekte zwischen diesen Variablen als Prädiktoren für die Zustimmung zu einem starken Anführer berücksichtigen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit das Verhältnis der beiden Variablen – Ungleichheit und Zustimmung zur Demokratie – unter Berücksichtigung der zeitlichen Dimension zu untersuchen. Als Datengrundlage liegen 274 Jahres-Mittelwerte

der Zustimmung zu einem starken Anführer von 105 Ländern zwischen den Jahren 1995 und 2022 zugrunde.

Abbildung 4: Zusammenhänge zwischen säkularen Positionen zu einem starken Anführer aus den World Value Survey und der Lohnquote (Labour Share) der ILO Datenbank, links sowie der Ungleichheit der Einkommensverteilung des Gini Index of Inequality, rechts.



Die Ergebnisse der Analyse zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einem politischen System, das durch einen starken Anführer geprägt ist und dem Ausmaß der Ungleichheit (Haupteffekt für Ungleichheit): je stärker die Ungleichheit (geringere Lohnquoten, höherer Gini Index), desto stärker die Zustimmung zu einem politischen System mit einem starken Anführer. Und obgleich die Zustimmung zu einem starken Anführer in den letzten Jahren allgemein zunimmt (Haupteffekt für Zeit), ist diese Zunahme dort stärker, wo auch die Ungleichheit größer ist (Interaktion zwischen Ungleichheit und Zeit). Je höher die Ungleichheit, desto stärker die positive Sicht bzw. die allgemeine Zustimmung zu einem starken Führer. Ungleichheit ist also eine zunehmende Gefahr für die Demokratie als zentraler Bedingung für eine offene Gesellschaft und untergräbt zugleich auch zentrale Sekundärtugenden – wie Weltoffenheit, Toleranz oder Gemeinsinn – die wesentliche Gelingensbedingungen für eine offene Gesellschaft darstellen.

4 Ungleiche Geschwindigkeiten durch dynamische technologische und ökologische Umbrüche

Demokratische Verfahren sind oftmals und aus guten Gründen aufwändig – Zeit ist daher als eine zentrale Ressource demokratischer Systeme anzusehen. Gerade neue und rasche soziale Entwicklungen können daher meist nur ex-post erfasst und regulatorisch eingebettet werden, wobei eine solche Einbettung aufgrund der Mannigfaltigkeit und des globalen Charakters insbesondere digitaler Technologien zumeist nur teilweise gelingt. Zugleich nimmt der rapide technologische Wandel großen Einfluss auf soziale Beziehungen und damit auch auf Wertvorstellungen, die eine Gesellschaft prägen. Die Ungleichzeitigkeit dieser Entwicklungen bringt daher auch neue Herausforderungen für die Offenheit von Gesellschaften – auch, aber nicht nur weil diese mit spezifischen, teils unverstandenen psychologischen und sozialen Folgen einhergehen. Besonders ist dabei, dass die Freiheiten offener Gesellschaften in einem derartigen Kontext viel leichter genutzt werden können, um die Grundlagen derselben zu delegitimieren.

Beispielhaft stehen dafür die Nutzung und die Funktionslogiken des Internets und sozialer Medien. Diese bauen in vielen Anwendungen auf Selbstdarstellung und (Status-)Vergleiche auf, die durch die impliziten Anreizlogiken und den starken emotionalen Erfahrungen auch einen habituellen oder süchtig machenden Charakter annehmen können. Das führt zu einer Spaltung, denn es entstehen Gruppen, die sich als Verlierer:innen oder Gewinner:innen wahrnehmen und bestehende Einkommensungleichheiten werden sozial verstärkt. Diese Logiken und sozialen Dynamiken machen das Internet zu einem Ort, an dem gesellschaftliche Solidarität strukturell ausgehöhlt wird. Denn das Internet ist zum einen ein Ort mit wenigen Regeln (Anomie) und damit mit wenig Schutz oder Kontrollmöglichkeiten geworden. Dazu kommt die toxische Wirkung des sozialen Feedbacks im Internet, das auf Unterschiede und dem Spürbarmachen von Ungleichheit aufbaut (Status Solipsismus), außerdem steht das Internet für die strukturelle Beförderung von Konsummustern, die bis hin zur Abhängigkeit (Konsum als coping Strategie) gehen können (Marx 2022). Das zeigt wie sehr das Internet als zentrale gesellschaftliche Technologie von den Interessen weniger privater Unternehmen (Big Five; Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft) geprägt ist und damit dort Werte wie Konkurrenz, Konsum oder Status dominieren.

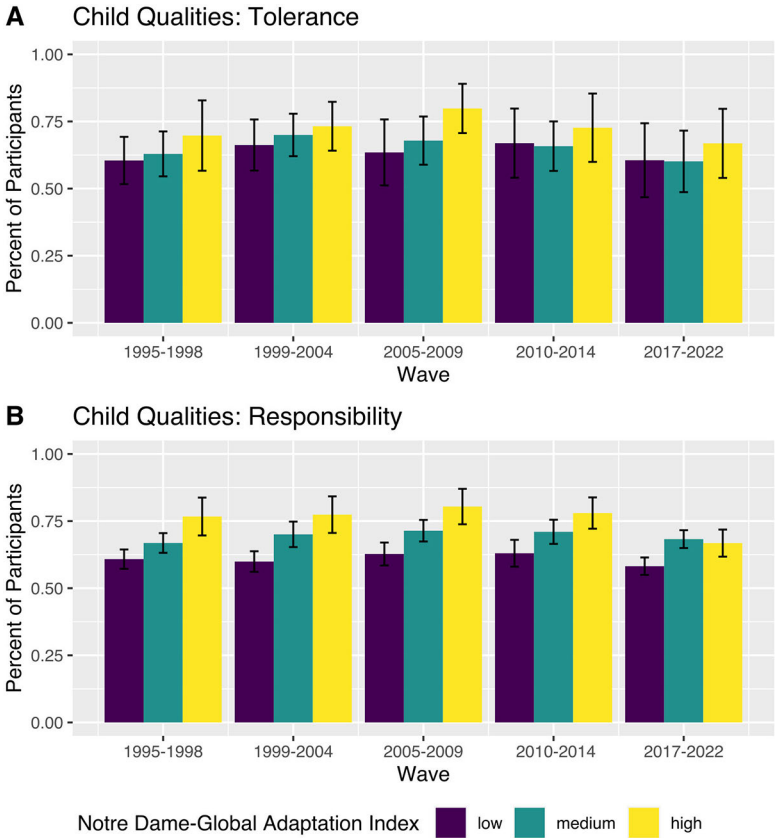
Die strukturelle Form, aus der sich diese Muster entwickeln, ist der Überwachungskapitalismus. Die Inwertsetzung der menschlichen Erfahrung und

des Verhaltens der Internetnutzer:innen ist die instrumentelle Ebene der oben beschriebenen Zusammenhänge und sie begründet die antidemokratische Kraft des Überwachungskapitalismus als grenzenlose Marktform, die nicht nur soziales Verhalten steuert, sondern daraus auch noch Gewinne zieht, ökonomische Polarisierung verstärkt und neue soziale Ungleichheiten schafft (Zuboff 2018). Ein eindrückliches Beispiel für diese Entwicklung liefert das autokratische System der Volksrepublik China, wo die staatliche Nachfrage nach Systemen zur Gesichtserkennung mit Hilfe künstlicher Intelligenz Innovationen in diesem Bereich vorantreibt, aber auch in engem Zusammenhang mit politischen Unruhen steht und damit zur Kontrolle und Einschüchterung der Zivilgesellschaft genutzt wird (Beraja et al. 2023). Das zeigt wie sehr bestehende und bewährte demokratische Verfahren durch diese technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen unter Druck geraten.

Neben diesen Beispielen für technologische Umbrüche, die die Rahmenbedingungen für menschliches Handeln und die Demokratie als zentrales Modell der offenen Gesellschaft radikal verändern, sind es unmittelbare und lebensentscheidende Herausforderungen wie die Lösung der Klimakrise, die ob ihrer unübersehbaren Dringlichkeit als drängendstes politisches Problem unserer Zeit, neue Anforderungen an demokratische Verfahren und Institutionen stellen. Das erfordert auch auf der politischen Ebene neue Risiken einzugehen um (1) technologisches Fortschreiten in sozialen Fortschritt zu übersetzen und (2) zu lernen die Berücksichtigung planetarer Grenzen als essentiellen Bestandteil dieses sozialen Fortschritts zu betrachten. Dabei kann das aktuell zu beobachtende Überschreiten planetarer Grenzen ebenso als Quelle disruptiver sozialer und ökonomischer Wirkungen verstanden werden, die analog zu abruptem technologischem Wandel mit nicht-linearen, schockartigen Wirkungen verbunden ist.

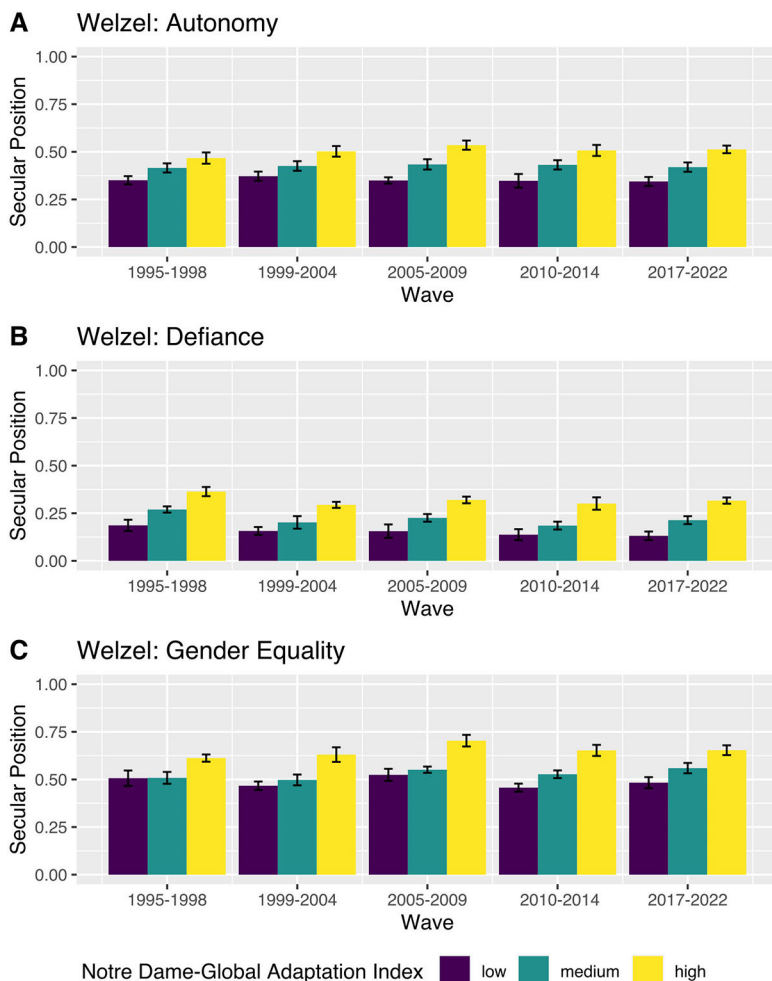
Da die relative Betroffenheit von dieser nicht-linearen Disruption vergleichsweise gut untersucht ist, versuchen wir im Folgenden empirische Entsprechungen zu dieser strukturellen Analyse zu identifizieren. Dazu ziehen wir die gleichen Indikatoren aus dem *World Values Survey* (Inglehart et al. 2022) heran wie in Abschnitt 2 und verknüpfen diese mit dem *Notre Dame Global Adaptation Index* (Chen et al. 2015), der als kombinierter Index die strukturelle Bereitschaft auf den Klimawandel zu reagieren als auch die Verletzlichkeit eines Landes abbildet. Eine hohe Adaptionskraft meint einen größeren positiven Saldo, wenn bei der Anpassungsfähigkeit die Verletzlichkeit mitberücksichtigt ist und zeigt also, dass ein Land besser mit klimatischen Veränderungen zu Recht kommen wird (Abbildungen 5 und 6).

Abbildung 5: Entwicklung der Qualitäten von Kindern Verantwortungsbewusstsein (A) und Toleranz (B) über die Jahre in den Terzilen des Notre Dame Global Adaptation Index.



Datengrundlage sind 390.040 Werte von Proband:innen aus 101 Ländern zwischen den Jahren 1995 und 2022. In den Daten zeigt sich ein konsistentes Bild, je höher der Notre Dame Index, desto höher die Zustimmung zu den Qualitäten Verantwortungsbewusstsein und Toleranz von Kindern und desto größer die säkularen Positionen zu Autonomie, Widerstand und Gleichheit der Geschlechter (Welzel Indikatoren). Wenn man den Verlauf der Werte über die Zeit betrachtet, unterscheiden sich die Werte zu Qualitäten von Kindern und den Welzel Indikatoren.

Abbildung 6: Entwicklung der Welzel Indikatoren Autonomie (A), Widerstand (B) und Gleichheit der Geschlechter (C) über die Jahre in den Terzilen des Notre Dame Global Adaptation Index.



Der Unterschied zwischen den Ländern mit hohem und tiefen Notre Dame Index bei den Qualitäten von Kindern ist in den letzten Jahren kleiner geworden, d.h. es fand eine Annäherung der verschiedenen Länder statt (getrieben von einem Rückgang bei den Ländern mit höheren Werten im Anpassungsindex).

dex). Bei den Welzel Indikatoren ist ein gegenteiliges Bild zu beobachten. Hier wird der Unterschied der Länder mit hohen und tiefen Werten über die Zeit jeweils größer (besonders für Gleichheit der Geschlechter). Die Voraussetzungen für eine offene Gesellschaft sind demnach in Ländern besser, die auf globale Herausforderungen wie dem Klimawandel besser vorbereitet sind. Einerseits sind diese Länder weniger verletzlich und andererseits haben sie bessere Möglichkeiten, sich mit Maßnahmen vor den Folgen zu schützen. Damit einher gehen könnten weniger Zukunftsängste der Menschen und damit verbunden offenere Einstellungen, besonders im Bereich der Welzel Indikatoren.

5 Thesen für eine offene Gesellschaft

In diesem Beitrag haben wir drei wesentliche Dimensionen sozio-ökonomischen Wandels ins Zentrum gestellt und versucht mögliche Zusammenhänge zwischen diesen Wandlungsprozessen und gesellschaftlich vorherrschenden Werten und Einstellungen zu explorieren. Die in Betracht gezogenen Werte stehen in enger Verbindung zu den Begriffen Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn und sind damit auch für eine offene Gesellschaft wesentlich. Die ausgewählten strukturellen Herausforderungen – die Dominanz des Prinzips Wettbewerb in internationalen Beziehungen, die zunehmende ökonomische Ungleichheit und die Betroffenheit bzw. Resilienz in Bezug auf die Klimakrise – repräsentieren in ihrer Begrenztheit dennoch zentrale Zukunftsfragen, für die gesellschaftliche und politische Antworten gefunden werden müssen. Die Analyse und Verknüpfung dieser Herausforderungen mit unterschiedlichen ökonomischen, technischen und sozialen Kontexten sowie die Analyse der Auswirkungen der jeweiligen Konstellation auf für eine offene Gesellschaft zentrale Werthaltungen und Einstellungen bringt deutliche Unterschiede zwischen diesen Konstellationen zu Tage.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass kultureller und politischer Wandel – und dabei insbesondere Veränderungen in normativen Anschauungen – nicht unabhängig von der vorherrschenden Praxis ökonomischen Handelns verläuft. Die Durchsetzung der Werte Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn wird also durch implizite Wirkungen der Funktionsweise unserer Gesellschaft gehemmt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die in vielen ökonomischen Zusammenhängen inhärente Tendenz zu einer wachsenden Ungleichverteilung, die sowohl Unterschiede zwischen Individuen als auch zwischen Staaten und Wirtschaftsräumen betrifft. Dies nimmt wiederum

Einfluss auf die ökonomischen Rahmenbedingungen der dort lebenden Personen. Vor diesem Hintergrund erscheint es doppelt herausfordernd, dass der Klimawandel und die damit verbundene Erkenntnis über die ökonomische Rolle planetarer Grenzen, die zentrale Antwort des 20. Jahrhunderts auf die hier genannten Verteilungsfragen, nämlich Wirtschaftswachstum, unterminiert. Dies stellt offene Gesellschaften vor eine doppelte und historisch neue Herausforderung: Einerseits gilt es im Rahmen demokratischer Verfahren gemeinsame Lösungen für zunehmende Ungleichheiten und die systemimmanent scheinende Zerstörung unseres Lebensraumes zu finden – dies stellt neue Anforderungen an das Transformationspotential offener Gesellschaften. Andererseits führen die hier diskutierten sozio-ökonomischen Entwicklungen bereits jetzt zu neuen sozialen Konflikten, die wiederum einer demokratischen Auseinandersetzung zugeführt werden müssen – dieses zusätzliche gesellschaftliche Konfliktpotential stellt damit zusätzliche Anforderungen an die Integrationsfähigkeit offener Gesellschaften.

So wird trotz aller Beispielhaftigkeit der Analysen klar, dass Länder, die eher zu den Globalisierungsverlierern zählen und in denen ökonomische Probleme auch für die Bevölkerung spürbar werden, geringere Werte bei den Fragen zum Vertrauen in andere Nationen und Religionen sowie bei den Qualitäten der Kinder und bei der Gleichheit der Geschlechter aufweisen. Das zeigt die Bedeutung der negativen Folgen des globalen Standortwettbewerbs für die Offenheit einer Gesellschaft. Ein ähnlicher wichtiger Hinweis ergibt sich aus den Ergebnissen für den Ausbau und die Durchsetzung demokratischer Prinzipien: Je höher die Ungleichheit, desto stärker die allgemeine Zustimmung zu einem starken Führer. Weltoffenheit, Toleranz oder Gemeinsinn als wichtige Werte aber auch Demokratie als zentrales Organisationsprinzip einer offenen Gesellschaft geraten mit wachsender Ungleichheit unter Druck. Ein ähnliches Bild zeigt der Blick auf den Einfluss des Klimawandels: In Ländern, die weniger vom Klimawandel betroffen und/oder besser auf diesen vorbereitet sind, weist eine vergleichsweise höhere Zustimmung zu den ausgewählten Werten auch auf ein größeres Potential für die Verwirklichung von Prinzipien der offenen Gesellschaft hin.

Nimmt man die Ergebnisse dieser kursorischen Analyse zum Anlass, um über Wege nachzudenken, die die breite Durchsetzung von Werten wie Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn forcieren, dann liegen drei Ansatzpunkte nahe.

Eine erste Handlungsoption offener Gesellschaften bezieht sich auf die Stärkung des sozialen Ausgleichs und ein neues Verständnis eines globalen

Ausgleichs (Sen 2000, Kapeller et al. 2016). Dies bezieht sich zum einen auf die innere Verfassung bestehender offener Gesellschaften, deren innere Kohäsion unter den Zentrifugalkräften steigender Ungleichheit sukzessive abnimmt. Andererseits geht es um globalen Ausgleich (Milanovic 2011) und hierbei auch um Fragen historischer Schuld offener Gesellschaften – etwa im Kontext von Klimawandel und Kolonialismus (Bhambra 2021) – und wie die langfristigen Folgen historisch etablierter, globaler Ungleichheitsverhältnisse (Piketty 2020) abgemildert werden können.

Eine zweite Einsicht ist, dass im Kontext akuter sozio-ökonomischer Krisen und sich verändernder sozialer Diskursräume vermehrt unklar ist, wo und in welchem Rahmen demokratische Diskurse (Marx 2022, Söylemez 2023) ausgetragen werden. Die allgemeine Zugänglichkeit solcher Diskurse – und auch eine breite Involvierung der Bevölkerung an selbigen – ist schließlich eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Argumente, die in der offenen Gesellschaft entscheidend sein sollten, auch von allen gehört und rezipiert werden können. Bestehende Fragmentierung und auch räumliche Polarisierung von Diskursräumen (Dobusch/Dobusch 2022, Zuboff 2018) machen es doppelt schwer, akute Krisenlagen im demokratischen Diskurs effektiv zu adressieren. Um solche demokratischen Diskursräume zu schaffen, werden offene Gesellschaften Experimente wagen müssen, um ihre Politiken im Bereich Medienförderung, Internetpräsenz oder öffentlicher Rundfunk effektiv auf diese neuen Gegebenheiten ausrichten zu können und demokratische Verfahren wieder zu stärken.

Die dritte, finale Implikation betrifft das wirtschaftspolitische Weltbild offener Gesellschaften. In traditioneller Lesart ergibt sich hier Wirtschaftswachstum als relevante Zielgröße, wobei Umverteilung im Rahmen demokratischer Verfahren durchaus zulässig sei. Eine solche Sichtweise verkennt die langfristige – und inzwischen akute Rolle – planetarer Grenzen und führt im 21. Jahrhundert zu einer Politik falscher Versprechungen (Sen 2000). Vor diesem Hintergrund scheint eine Readjustierung der ökonomischen Vision der offenen Gesellschaft geboten, die planetare Grenzen anerkennt und zugleich die Freiheit und Würde des Individuums schützt. Die Notwendigkeit dafür folgt aus den Grundprinzipien der offenen Gesellschaft selbst – etwa aus dem Prinzip der Orientierung an wissenschaftlicher Methode und Evidenz, aber auch aus dem Prinzip der Offenheit für Kritik, welches die Möglichkeit der Selbstkritik mit einschließt. Sie findet ihre praktische Entsprechung in aktuellen Diskursen wohl am ehesten im Modell eines ›safe-space for humanity‹ (Rockström et al. 2009). Derartige ›Doughnut‹-Modelle (Raworth 2018) versu-

chen einen Handlungsraum zu konzeptionalisieren, in dem Menschenwürde für alle unter Einhaltung der planetaren Grenzen gesichert werden kann. Und genau in diesem Handlungsraum – so die letzte zentrale These dieses Beitrags – liegt auch die Perspektive offener Gesellschaften im 21. Jahrhundert.

Literaturverzeichnis

- Allen, Robert C./Bertazzini, Mattia C./Heldring, Leander: »The Economic Origins of Government«, in: *American Economic Review* 113 (2023), S. 2507–2545.
- Anderson, Benedict: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London: Verso Editions 1983.
- Beraja, Martin/Kao, Andrew/Yang, David Y./Yuchtman, Noam: »Ai-Tocracy«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 138 (2023), S. 1349–1402. <https://www.doi.org/10.1093/qje/qjado12>.
- Bhambra, Gurinder K.: »Colonial global economy: towards a theoretical re-orientation of political economy«, in: *Review of International Political Economy* 28 (2020), S. 307–322. <https://www.doi.org/10.1080/09692290.2020.1830831>.
- Bowles, Samuel: »Is Liberal Society a Parasite on Tradition?«, in: *Philosophy & Public Affairs* 39 (2011), S. 46–81. <https://www.doi.org/10.1111/j.1088-4963.2011.01201.x>.
- Chen, Chen/Noble, Ian/Hellmann, Jessica/Coffee, Joyce/Murillo, Martin/Chawla, Nitesh V.: *University of Notre Dame Global Adaptation Index*, https://gain.nd.edu/assets/254377/nd%20gain_technical_document_2015.pdf 2015.
- Dobusch, Laura/Dobusch, Leonhard (2022): »Wie offen sind »offene« Online-Gemeinschaften? Inklusion, Exklusion und die Ambivalenz von Schließungen«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 74 (2022), S. 257–281. <https://www.doi.org/10.1007/s11577-022-00836-5>.
- Foa, Roberto S./Mounk, Yascha: »The Democratic Disconnect«, in: *Journal of Democracy* 27 (2016), S. 5–17.
- Fukuyama, Francis: *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?*, München: Kindler 1992.
- Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard: »Structural change in times of increasing openness: assessing path depen-

- dency in European economic integration«, in: *Journal of Evolutionary Economics* 30 (2020), S. 1467–1495.
- Halman, Loek/Reeskens, Tim/Sieben, Inge/van Zundert, Marga: »Atlas of European Values: Change and continuity in turbulent times«, in: *European Values Series* 1 (2022).
- Heidegger, Martin: *Die Grundbegriffe der Metaphysik. Welt – Endlichkeit – Einsamkeit*, Frankfurt a.M.: Klostermann 2004.
- House, Robert J./Hanges, Paul J./Javidan, Mansour/Dorfman, Peter W./Gupta, Vipin: »Culture, Leadership, and Organizations: The GLOBE Study of 62 Societies«, in: *Administrative Science Quarterly* 49 (2004), S. 641–647.
- International Labour Organization: ILO modelled estimates database, <https://ilostat.ilo.org/data/> 2020.
- Inglehart, Ronald: »How much should we worry?«, in: *Journal of Democracy* 27 (2016), S. 18–23.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa: »Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse«, in: *Perspectives on Politics* 15 (2017), S. 443–454. <https://doi.org/10.1017/S1537592717000111>
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa: *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press 2019.
- Inglehart, Ronald/Haerpfer, Christian/Moreno, Alejandro/Welzel, Christian/Kizilova, Kseniya/Diez-Medrano, Juan/Lagos, Marta/Norris, Pippa/Ponarin, Eduard/Puranen, Bi: *World Values Survey: All Rounds – Country-Pooled Datafile*, Madrid, Spanien und Wien: JD Systems Institute & WVSA Secretariat. <https://www.doi.org/10.14281/18241.17>.
- Kaldor, Nicholas: »The Foundations of Free Trade Theory and their Implications for the Current World Recession«, in: Malinvaud, Edmond/Fitoussi, Jean-Paul (Hg.), *Unemployment in western countries*, London: Springer 1980, S. 85–100.
- Kapeller, Jakob/Hubmann, Georg: »Solidarisch Handeln: Konzeptionen, Ursachen und Implikationen«, in: *Momentum Quarterly* 1 (2012), S. 139–152.
- Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Tamesberger, Dennis: »From free to civilized trade: a European perspective«, in: *Review of Social Economy* 74 (2016), S. 320–328. <https://www.doi.org/10.1080/00346764.2016.1168033>.
- Marterbauer, Markus/Schürz, Martin: *Angst und Angstmacherei*, Wien: Zsolnay 2022.
- Marx, Paul: »Social Solidarity in the Age of the Internet«, in: Busemeyer, Marius R./Kemmerling, Achim/Marx, Paul/van Kersbergen (Hg.), *Digitalization and the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press 2022.

- Milanovic, Branko: *The haves and the have-nots: a brief and idiosyncratic history of global inequality*, New York: Basic Books 2011.
- Milanovic, Branko (2013): *Global Income Inequality: Current Trends and Future Developments*, <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/836191550771613249-0050022019/original/BMilanovicPolicyResearchTalkGlobalIncomeInequality.pdf> vom 20.08.2023.
- Mill, John Stuart: *Über die Freiheit*. Stuttgart: Reclam 1988.
- Mudde, Cas: *The far right today*, Cambridge: Medford 2019.
- Nasher, Jack: *Die Staatstheorie Karl Poppers*, Tübingen: Mohr Siebeck 2017.
- Piketty, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C.H.Beck 2014.
- Piketty, Thomas: *Kapital und Ideologie*, München: C.H.Beck 2022.
- Popper, Karl R.: »Woran glaubt der Westen?«, in: Popper, Karl R. (Hg.), *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, München: Piper 1958, S. 55-63.
- Popper, Karl R.: *Conjectures and Refutations: The Growth of Scientific Knowledge*, London and New York, Routledge 2022.
- Popper, Karl R.: *The Open Society and Its Enemies*, London: Routledge 2010.
- Raworth, Kate: *Die Donut-Ökonomie: endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*, München: Hanser 2018.
- Rockström, Johan/Steffen, Will/Noone, Kevin/Persson, Åsa/Chapin III, F. Stuart/Lambin, Eric F./Lenton, Timothy M./Scheffer, Marten/Folke, Carl/Schellnhuber, Hans Joachim/Nykvist, Björn/de Wit, Cynthia A./Hughes, Terry/van der Leeuw, Sander/Rodhe, Henning/Sörlin, Sverker/Snyder, Peter K./Costanza, Robert/Svedin, Uno/Falkenmark, Malin/Karlberg, Louise/Corell, Robert W./Fabry, Victoria J./Hansen, James/Walker, Brian/Liverman, Diana/Richardson, Katherine/Crutzen, Paul/Foley, Jonathan A.: »A safe operating space for humanity«, in: *Nature* 461 (2009), S. 472–475. <https://www.doi.org/10.1038/461472a>.
- Rodrik, Dani: *The Globalization Paradox*, New York: Oxford University Press 2011.
- Rothschild, Kurt W.: »Freedom Unlimited. Bemerkungen zum Freihandelsdogma«, in: Beinsen, L. (Hg.), *Ökonomie und Common Sense*, Gunter Tichy zum 60. Geburtstag, Graz: Leykam 1998.
- Rüstow, Alexander: »Freie Wirtschaft – Starker Staat«, in: Hoch, Walter (Hg.), *Rede und Antwort*, Ludwigsburg: Hoch 1963, S. 249–258.
- Schwartz, Shalom H.: »A theory of cultural values and some implications for work«, in: *Applied Psychology* 48 (2007), S. 23–47. <https://doi.org/10.1111/j.1464-0597.1999.tb00047.x>

- Sen, Amartya: *Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München: Hanser 2000.
- Smith, Adam: *The Theory of Moral Sentiments*, Glasgow: R. Chapman 1809.
- Solt, Frederick: »Measuring Income Inequality Across Countries and Over Time: The Standardized World Income Inequality Database«, in: *Social Science Quarterly* 101 (2020), S. 1183–1199.
- Söylemez, Seçkin: »The Understanding of Democracy as a Measure of Integration: An Examination of the Change in Integration Discourse Around the Democracy Debate Based on the Case of the Turkish Diaspora in Germany«, in: *Turkish Journal of Diaspora Studies* 3 (2023), S. 1–23. <https://doi.org/10.52241/TJDS.2023.0051>
- Tooze, Adam (2022): »Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand«, in: *Bundeskanzler-Willy-Brandt-Vorlesung* 36 (2022).
- Ulrich, Peter: *Integrative Wirtschaftsethik*, Bern: Haupt 2008.
- Walgenbach, K.: »Postscriptum: Intersektionalität – Offenheit, interne Kontroversen und Komplexität als Ressourcen eines gemeinsamen Orientierungsrahmens«, in: Lutz, Helma/Vivar, Maria Theresa Herrera/Supik, Linda (Hg.), *Fokus Intersektionalität*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.
- Welzel, Christian: *Freedom rising: human empowerment and the contemporary quest for emancipation*, Cambridge University Press 2013.
- Zuboff, Shoshana: *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*, Frankfurt a.M.: Campus 2018.